

Philipp Koch

**Zehn Kurzexzerpte zu wichtigen Aufsätzen
des politikwissenschaftlichen Diskurses
zum 'Demokratischen Frieden'**

Quelle: <http://www.philippkoch.com/soz-wiss/demfried10exzerpte.pdf>

Datum des Aufsatzes: 14. März 2006

Kontakt: phkoch@zedat.fu-berlin.de

Inhalt

Exzerpt Nr. 1/10 zu	Hasenclever, Andreas: Liberale Ansätze zum "demokratischen Frieden"	1
Exzerpt Nr. 2/10 zu	Müller, Harald: Demokratien im Krieg – Antinomien des demokratischen Friedens	3
Exzerpt Nr. 3/10 zu	Daase, Christopher: Demokratischer Frieden – Demokratischer Krieg: Drei Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien	7
Exzerpt Nr. 4/10 zu	Brock, Lothar: Umriss einer Theorie des Demokratischen Krieges. Argumentationsskizze. Beitrag zur Tagung der Theorie- und IB-Sektionen der DVPW (Frankfurt, 25. – 27. März 2004)	10
Exzerpt Nr. 5/10 zu	Hasenclever, Andreas: The Democratic Peace meets International Institutions. Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens	12
Exzerpt Nr. 6/10 zu	Czempiel, Ernst-Otto: Intervention in Zeiten der Interdependenz	15
Exzerpt Nr. 7/10 zu	Schörnig, Niklas: Die <i>Revolution in Military Affairs</i> – Hemmschwelle für eine kooperative Weltordnung	18
Exzerpt Nr. 8/10 zu	Mölling, Christian: Mittel und Methoden der Kriegsführung demokratischer Staaten	21
Exzerpt Nr. 9/10 zu	Kahl, Martin: Rüstungsinnovation, Computertechnologie und Kriegsführungsstrategie	23
Exzerpt Nr. 10/10 zu	Finnemore, Martha: Paradoxes in Humanitarian Intervention	25
	Vollständige Literaturangaben	27

Exzerpt Nr. 1/10 zu **Hasenclever, Andreas: Liberale Ansätze zum "demokratischen Frieden"**

Hasenclever fasst unter Angabe einiger Beispiele zunächst die bis Mitte der 1980er Jahre vorherrschende *realistische Theorie* zusammen, der zufolge Demokratien keine geringere außenpolitische Gewaltbereitschaft zeigen als andere Regierungsformen, womit die realistische These einer Bedeutungslosigkeit der Innenpolitik für die Außenpolitik von Demokratien scheinbar bestätigt wurde. Dem stellt der Autor die Überlegungen der *liberalen Theorie* entgegen: In ihr wird im Gegensatz zum Blickwinkel der realistischen Theorie das Phänomen, dass Demokratien zwar Kriege gegen andere Regierungsformen führen, Demokratien untereinander hingegen relativ friedfertig sind, gewürdigt. Als Erklärung hierfür gilt den Vertretern der liberalen Theorie die besondere innenpolitische Verfasstheit von Demokratien, deren immanente Affinität zu internationalen Sicherheitsallianzen Kriege verhindern hilft, da Konflikte zwischen Mitgliedern dieser Allianzen mit nichtmilitärischen Mitteln ausgetragen werden. Ungelöst bleibt allerdings erst einmal die Frage, weshalb Demokratien außerhalb demokratischer Verbände häufig kriegerische Mittel gegen autokratische Systeme einsetzen [S.199 - 201]. Hasenclever verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass eine konsistente liberale Theorie bislang zwar nicht vorgelegt werden konnte, deren Argumente als "intellektuelle Grundbausteine" dies für die Zukunft jedoch durchaus erwarten lassen [202].

Der liberale Ansatz geht davon aus, dass 1. das jeweilige *politische System* eines Staates festschreibt, von welchen Personengruppen der Machterhalt der Regierung abhängig ist, und 2. die jeweilige *politische Kultur* eines Landes die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft determiniert. So ist, erstens, dem demokratischen Regierungssystem ein "Imperativ der doppelten Konsonanz", wie ihn Hasenclever bezeichnet, inhärent: Rechenschaftspflichtige Regierungen wollen wiedergewählt werden. Sie müssen daher einerseits eine mit Judikative und Legislative koinzidierende politische Artikulation von Lösungsangeboten etwaiger Probleme realisieren; andererseits können sie hierbei keinesfalls die Meinung der Bürger außer acht lassen,

deren Wählerstimmen sie schließlich erneut zu erringen hoffen. Daraus folgt, dass nur mit den allertriftigsten Gründen (in der Regel eine akute Bedrohung der Sicherheit des Landes) die Regierung eines demokratischen Staates an einem Krieg teilnehmen wird. Im Gegensatz dazu ist in autokratischen Systemen die Bevölkerungsmehrheit von der politischen Partizipation ausgeschlossen - "autokratische Regierungen sind deshalb nach liberalem Verständnis eher in der Lage, Kampfeinsätze zu beschließen, deren Kosten sie sozialisieren und deren Gewinne sie privatisieren" [202 - 204]. Zudem ist, zweitens, die Ablehnung von Gewalt als Instrument politischer Auseinandersetzung Teil der politischen Kultur von Demokratien, die typischerweise rechtsstaatlicher Ausprägung sind. Diametral entgegen steht dem eine politische "Kultur der Gewalt", wie sie Autokratien zueigen ist, da zur Aufrechterhaltung einer Herrschaft Einzelner über viele, die für die überaus große Mehrheit der Beherrschten nachteilig ist, Gewalt eine notwendige Bedingung ist. Im Zuge der Unteilbarkeit kulturell disponierten Verhaltens findet eine Übertragung inneren Unfriedens auf äußeren Unfrieden statt; Autokratien gelten insofern als der friedlichen Lösung zwischenstaatlicher Konflikte unfähig [204 - 206].

Offene Fragen hinsichtlich der Evidenz des liberalen Erklärungsansatzes angesichts diverser geschichtlicher Ausnahmen (etwa die imperiale Politik Frankreichs und Großbritanniens im 19. und 20. Jahrhundert) werden entweder mit der Annahme des 'demokratischen Friedens' als "Abschreckungsfriede" zu erklären versucht, d.h. dass Demokratien vor allem auch deshalb gegen andere Demokratien keine Kriege führen, weil hier durch den hohen Grad an militärischer Organisiertheit und wirtschaftlicher Stärke beider Kriegsparteien besonders verlustreiche und langwierige Kampfhandlungen zu erwarten wären, was zwingend eine drastische Minimierung der Wiederwahlchancen jeweiliger Regierungen mit sich brächte [208 - 211]. Oder aber, so eine andere Meinung im liberalen Diskurs, liege der Grund für kriegerische Aktivitäten einer eigentlich ja strukturell friedlichen Demokratie gegenüber schwächeren Autokratien im Vorhandensein "unvollkommener Demokratien" begründet, d.h. defizitären Demokratien, in denen partikulare Interessengruppen sich die Herrschaft über das Gewaltmonopol zueigen machen können, obwohl ihre Interessen denen der breiten Bevölkerungsmehrheit zuwider laufen. Die Schwierigkeit läge so nicht in der liberalen Theorie selbst, sondern in deren Bezug auf eine ideale Typisierung von Demokratien, die der Wirklichkeit nicht immer standhalten könne [211 - 213].

Exzerpt Nr. 2/10 zu **Müller, Harald: Demokratien im Krieg - Antinomien des demokratischen Friedens**

Harald Müller setzt sich in seinem Aufsatz mit den (noch immer) offenen Fragen und Inkohärenzen des wissenschaftlichen Diskurses zum "demokratischen Frieden" auseinander. Hierbei orientiert er sich einerseits an bisherigen Forschungsergebnissen und setzt diese in einen aktuellen Bezug zur Debatte um den letzten Irak-Krieg; er kritisiert auf diesem Wege die gängige monadische Friedlichkeitsattribution von Demokratien jenseits einer hinreichenden empirischen Untermauerung. Andererseits konstatiert er anhand der Umwertung einiger von ihm als Fehleinschätzungen angesehenen Schlussfolgerungen des wissenschaftlichen Diskurses, welche qua ihrer Vorherrschaft in der Forschungsdiskussion eine Verfälschung der theoretischen Ergebnisse verursachten, ein weitaus ambivalenteres Bild der (Un-)Friedlichkeit von Demokratien, indem er eine Anzahl von Faktoren präsentiert, durch die ein und derselbe demokratische Mechanismus sowohl kriegsfördernd als auch kriegshemmend wirksam sein kann.

Ausgehend von Immanuel Kants berühmter Theorie des "ewigen Friedens", in welcher dieser eine immanente Friedlichkeit von Demokratien aufgrund des Kosten-Nutzen-Kalküls des Souveräns (d.i. also die betroffene Bürgerschaft selbst) postuliert, zeigt Harald Müller, jeweils auf einer spezifischen friedentheoretischen Folie, die folgenden 4 Mechanismen innerhalb demokratischer Systeme auf, die sowohl Kriege als auch Frieden begünstigen können:

1. Normativ: Die moralische Dimension,
2. Utilitaristisch: Kosten und Nutzen von Kriegen,
3. Systemisch: Interdemokratische Varianzen der Kriegsaffinität, und
4. Institutionell: Divergenz von Kriegsbefürwortung und -ablehnung seitens der Regierung und der Regierten.

Zu erstens: Müller führt an, dass Demokratien keineswegs per se friedfertig seien, auch wenn Friedlichkeit normativ ein konstituierendes Element von demokratischen Gesellschaften ist. Vielmehr herrscht in vielen demokratischen Staaten ein dichotomischer Diskurs über "gute" und "böse" Staaten vor, im Zuge dessen als letztgültige Sicherung des Friedens nur die Demokratisierung der so genannten Schurkenstaaten betrachtet wird. Eine solche Demokratisierung setzt in der Regel jedoch gewaltsames Eingreifen (d.i. Krieg oder kriegsähnliche Handlungen) voraus. Diese Interventionen erscheinen als moralisch gerechtfertigt, sofern die (oftmals konstruierte) Bedrohung des betreffenden Staates (vermeintlich) groß genug ist, andere Demokratien in ihrer Sicherheit und damit ihrem Frieden, letztlich also ihrer Verfasstheit zu bedrohen. In einem solchen Fall greift das Denkmodell einer Bedrohung der Demokratie durch Nicht-Demokratie, die einer robusten (kriegerischen) Antwort bedarf - diese Handlung wird jedoch als moralisch gerechtfertigt angesehen, weil das Ergebnis - Demokratisierung - als etwas per se Gutes und Friedensförderndes betrachtet wird. Im Falle einer hohen Wirkungsmacht des dichotomischen Diskurses Schurkenstaat versus Demokratie in einer demokratischen Gesellschaft kann also der gleiche Mechanismus, der die Gesellschaft üblicherweise aus normativen Gründen Krieg ablehnen ließe, kriegsförderlich sein.

Zu zweitens: Harald Müller zeigt, dass Kants utilitaristische Argumentation nur begrenzt haltbar ist; einerseits werden die persönlichen Kosten eines Krieges im Zuge der fortschreitenden Professionalisierung nationaler Streitkräfte für die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger minimiert. Andererseits sieht Müller hier die Neigung der Bevölkerung, "Berufssoldaten als Gemeinschaftsgut zu betrachten, dessen Verlust man nicht wünscht", diese persönliche Kostenminimierung unterminieren. Darüber hinaus wird Krieg angesichts sich schnell entwickelnder Technologien gerade bei wohlhabenden Demokratien wie etwa den USA in der öffentlichen Wahrnehmung zu einem geringen wirtschaftlichen Risiko: Ein leicht zu gewinnender und wahrscheinlich sehr kurzer Krieg wird insofern mit hoher Wahrscheinlichkeit keine insgesamte Ablehnung in der Bevölkerung hervorrufen.

Zu drittens: Müller verweist auf die Tatsache, dass verschiedene demokratische Staaten unterschiedliche Positionen zu einem konkreten (potentiellen) Krieg vertreten (können), die - hier am Beispiel des letzten Irak-Kriegs - von der kriegsbefürwortenden "Meinungsführerschaft" (USA, Israel) über eine "proaktive Gefolgschaft" (Spa-

nien, Großbritannien) und einer "zögerlichen Mitläuferschaft" (Dänemark und Ungarn) bis zur partiellen (Frankreich, Niederlande) und totalen Opposition (Deutschland) reichen. Diese interdemokratische Varianz der Kriegsaffinität bzw. -aversion erklärt er systemisch, anhand von fünf Rahmenbedingungen, innerhalb deren die interdemokratischen Mechanismen wirksam sind und die einen hohen Einfluss auf die politische (Kriegs- oder Friedens-)Position der einzelnen Demokratien haben:

- a) *Allianzbeziehungen* fungieren als spezielle Kanäle wechselseitiger Beeinflussung
- b) Die Ausprägung der *RMA* (revolution in military affairs) in einem jeweiligen Land korreliert mit der jeweiligen Kriegsaffinität.
- c) Demokratische Pluralität beinhaltet auch *Lobbyismus* (z.B. Rüstungsindustrie), der in manchen Staaten (je nach politischer Kultur) größeren Einfluss auf die Kriegsneigung der Regierung erlangt als in anderen.
- d) Die *weltpolitische Selbstdefinition der einzelnen Demokratien* enthält neben der alle verbindenden Herrschaftsform 'Demokratie' jeweilige spezifische Ausformungen (etwa Weltführungsmacht, Special Relationship, Zivilmacht, Good Citizen), die entsprechend in die Politiken des jeweiligen Staates unmittelbar einfließen.
- e) *Historische Erfahrungen* (Nationalsozialismus; frühere Zugehörigkeit zum Warschauer Vertrag; Kolonialmacht usw.) einzelner Staaten präfigurieren deren Entscheidungen bis heute.

Zu viertens: Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der in der Diskussion um den 'Demokratischen Frieden' häufig übersehen werde, ist die Diskrepanz zwischen öffentlicher Meinung bzw. mehrheitlichem Willen der Bevölkerung innerhalb einer Demokratie und den tatsächlichen politischen Handlungen der entsprechenden Regierung, so Müller. Während die Kantische Prognose eines potentiellen Kriegsunwillens der Bevölkerung eines demokratischen Staates überwiegend zutrifft, lässt sich dies über die jeweilige Regierung nicht unbedingt sagen. Denn die Eingebundenheit demokratischer Regierungen in internationale Organisationen kann auf der Ebene von Allianzbeziehungen Sachzwänge mit sich bringen, die eine Regierung zur Kriegsteilnahme bewegen können; in diesem Fall führt der gleiche Mechanismus, dem gemeinhin eine potentielle Befriedung/Friedfertigungsneigung von Demokratien attestiert wird, gerade im Gegenteil zu einer Kriegsaffinität. Der Kern der institutionalisti-

schen Argumentation Müllers ist hierbei der Verweis auf den Irrtum, die politische Umsetzung des mehrheitlichen Volkswillens sei der Regelfall. Deutlich gestützt wird Müllers Sichtweise wiederum von Beispielen aus dem letzten Irakkrieg: So formierte sich etwa in Spanien massiver Widerstand einer Mehrheit der Bevölkerung (z.B. in Form zahlreicher Demonstrationen) gegen die spanische Kriegsteilnahme, während die spanische Regierung an ihrem Kurs unbeirrt festhielt. Diese Divergenz von Kriegsbefürwortung und -ablehnung seitens der Regierung und der Regierten ist eine Folge transnationaler institutioneller Verflechtung von Demokratien - die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung der Prämisse des 'Demokratischen Friedens' angesichts der in ihr enthaltenen Vielzahl normativer, utilitaristischer, systemischer und institutioneller Wirksamkeiten wird auch hier ein weiteres Mal deutlich.

Exzerpt Nr. 3/10 zu **Daase, Christopher: Demokratischer Frieden - Demokratischer Krieg: Drei Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien**

Christopher Daase behandelt in seinem Aufsatz die Ursachen für die Unfriedlichkeit von Demokratien, die im Widerspruch zur von Immanuel Kant aufgestellten monadisch-utilitaristischen Maxime der Friedlichkeitsinhärenz von demokratisch organisierten Staaten steht. Er problematisiert den Doppelbefund einer Friedlichkeit von Demokratien untereinander im Gegensatz zu ihrer Unfriedlichkeit nicht-demokratischen Staaten gegenüber und verweist angesichts der sich seines Erachtens reziprok bedingenden Dipole 'demokratischer Krieg' und 'demokratischer Frieden' auf seinen Anspruch, eine Theorie des demokratischen Friedens müsse unvollständig bleiben, solange sie nicht ebenfalls das Phänomen des demokratischen Krieges hinreichend erkläre.

Daases These besteht darin, dass die selben Gründe bei Demokratien sowohl kriegsförderlich als auch kriegsverhindernd wirksam sein können, abhängig von der situativen Rahmung einer potentiellen Konflikt-Eskalation. Er konkretisiert seine These auf drei theoretischen Folien: Institutionell, normativ und politisch.

Institutionelle Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien:

Die (transnationalen) Institutionen in der Friedensforschung traditionell attribuierte Friedensförderlichkeit sieht Daase nur beim Aufeinandertreffen zweier Demokratien als eine zutreffende Eigenschaft an. In der Beziehung zwischen Demokratien und nicht-demokratischen Systemen können jedoch gerade Institutionen konfliktverschärfend wirken und sogar ursächlich zum Krieg führen. Als Beispiel nennt er die Tatsache, dass Demokratien einerseits dazu tendieren, immer dann am friedfertigsten zu sein, wenn der Einfluss der innerdemokratischen Öffentlichkeit am größten ist - etwa unmittelbar vor Wahlen. Andererseits kann dieselbe Situation bevorstehender Wahlen gerade kriegsfördernd wirken, wenn demokratische Regierungen sich den Rally-'round-the-flag-Effekt als Reaktion auf jüngst begonnene Kriegshandlungen zunutze machen, um entgegen sinkender Popularitätswerte dennoch eine Wiederwahl zu

erreichen. Zudem attestiert Daase "den Einsatz militärischer Gewalt zu Ablenkungszwecken [von inneren Problemen, Anm. d. Verf.]" als eine "generell[e] (...) Pathologie demokratischer Systeme" [56].

Normative Gründe:

Die gleiche Situation - die Möglichkeit einer friedens- ebenso wie einer kriegsstiftenden Wirksamkeit ein und desselben Faktors - stellt sich, so Daase, mit Blick auf die normative Erklärungsebene des Demokratischen Friedens und Krieges dar. Denn die (monadische) Prämisse, dass Demokratien aufgrund ihres liberalen Werte- und Normensystems (hierbei zuvorderst erstens die individuelle Freiheit im Sinne der Möglichkeit zu unbeschränkter politischer Partizipation jedes Einzelnen, solange sein Bestreben im verfassungsgemäßen Rahmen der demokratischen Werte bleibt, und zweitens die Würde des Einzelnen, d.h. die "Möglichkeit zu einer selbstbestimmten Existenz im Rahmen allgemeiner Menschenrechte" [61]) in sich friedfertig sind und diese Handlungsweise auch 'nach außen' anwenden, trifft eben nur auf Fälle zu, in denen sich zwei Demokratien gegenüberstehen: Eine demokratische Gesellschaft erkennt eine andere demokratische Gesellschaft angesichts gemeinsamer Normen und Werte als 'gerechtes' und 'legitimes' Regime an, wodurch das Potential wechselseitiger Kriegshandlungen praktisch unterminiert wird. Die Kehrseite der gleichen Medaille ist aber, dass andererseits Nicht-Demokratien delegitimiert und als mindestens potentiell 'ungerechte' Staaten angesehen werden. Demokratie ist, aus Sicht demokratischer Staaten, ein universelles Gut, dessen Effekte (Freiheit, Würde, Gerechtigkeit, Schutz vor Willkür usw.) jedem Menschen zugänglich sein sollten. Diese Konzeptionalisierung der Universalität von Demokratie und in der Folge das robuste Eingreifen in Konflikte zur Verteidigung oder Ausbreitung der Demokratie (*spreading democracy*) können insofern in gleichem Maße ein Kriegsgrund sein, wie dieselben Werte und Normen in der Beziehung zweier Demokratien zueinander Frieden präfigurieren.

Politische Gründe:

In die gleiche Kerbe, aber vor einer anderen Folie, schlägt Daase Argument politischer Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien: Er sieht in der Bildung interdemokratischer Sicherheitsgemeinschaften (als Ausdruck eines extensiven demokratischen Sicherheitsbedürfnisses) wiederum zwar den Frieden (mindestens) der beteiligten Demokratien untereinander als gesichert an - da es verlässliche und selbst-

verständliche Sicherheit (u.a. qua gemeinsamer normativer Werte, vgl. oben) für Demokratien aber nur von anderen Demokratien geben kann, ist nur eine vollständig demokratisierte Welt für Demokratien ein sicherer Ort. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer stetigen Aufrechterhaltung des Schutzes durch Ausdehnung der Sicherheitsgemeinschaft, um akuten und insbesondere potenziellen Bedrohungen auch kriegerisch begegnen zu können, wenn es vonnöten sein sollte. Insofern zeigt sich auch hier die Binarität erklärender Variablen in der Theorie des demokratischen Krieges (und eben gerade in gleicher Weise auch des demokratischen Friedens), wo derselbe Mechanismus, abhängig von seiner Rahmung, ebenso kriegsgenerierend wie pazifizierend wirken kann. Der von Daase in dieser Weise problematisierte Doppelbefund in der Forschung wird so zwar erhellt; vollständig erklären kann jedoch auch er ihn nicht. So kommt etwa das Beispiel Deutschlands im Vorfeld des Irakkriegs, dessen Totalverweigerungshaltung neben den Gründen des nationalsozialistischen Erbes und dem daraus resultierenden Selbstverständnis Deutschlands als Friedensmacht möglicherweise auch nicht unwesentlich auf die Vorwahlzeit zurückzuführen ist, bei Daase gar nicht vor; Gerhard Schröder wurde damals unter anderem dank seiner Kriegsverweigerung knapp wiedergewählt. Diese Möglichkeit, sozusagen der 'Rally-away-from-the-flag'-Effekt, eines Popularitätsgewinns in Wahlzeiten gerade durch Verweigerung von Kriegshandlungen wird bei Daase aber nicht berücksichtigt.

Philipp Koch
E-Mail: phkoch@zedat.fu-berlin.de

Exzerpt Nr. 4/10 zu **Brock, Lothar: Umriss einer Theorie des Demokratischen Krieges. Argumentationsskizze. Beitrag zur Tagung der Theorie- und IB-Sektionen der DVPW (Frankfurt, 25. - 27. März 2004)**

In seinem Aufsatz setzt Lothar Brock an dem von Russett und Oneal 2001 entworfenen Friedensdreieck an und untersucht, unter welchen Bedingungen es sich in ein Kriegsdreieck verwandelt. In den Vordergrund stellt Brock hierbei die Frage, ob es spezifische demokratie-immanente Gründe für Kriegshandlungen von Demokratien gibt. Den Anstoß für seine Frage gibt dabei seine Beobachtung einer Renaissance der Denkfigur des 'gerechten Krieges' und der damit einhergehenden Tendenz zur Etablierung so genannter 'humanitärer Interventionen' - pejorativ ausgedrückt einer Tendenz zu gezielten Kriegshandlungen gegen Staaten oder Volksgruppen also, um dort einen von Dritten definierten Soll-Zustand mit Waffengewalt zu erzwingen.

Kriegsaversion von Demokratien untereinander

Brock verweist zunächst auf den probabilistischen Charakter von Kants Idee einer utilitaristischen Kosten-Nutzen-Abwägung als Friedlichkeitspräfiguration in Demokratien - dass ein Volk keine Kriege beschließt, wenn es die Kosten selbst zu tragen hat, mag als rationale Maxime zwar plausibel sein, ist trotzdem jedoch nur der wahrscheinlichere Fall, während, unwahrscheinlicher, Menschen immer auch dazu neigen können, irrational zu handeln und entgegen jeder utilitaristischen Logik sich selbst Kriegskosten auferlegen, aus Rache etwa oder einer Beistandspflicht gegenüber befreundeten Staaten und so fort. Daraus ergibt sich eine Relativierung des Friedensdreiecks im Sinne einer dynamisch veränderlichen (und eben nicht statischen) Wirksamkeit der jeweiligen 'Eck-Punkte' (Faktoren) des Dreiecks. Diese sind, bezogen auf das Zusammentreffen zweier Demokratien, zum einen den Grad der Ausprägung von internationaler Verregelung ("internationale Organisation") und zum anderen deren Maß an Interdependenz. Je stärker jeder einzelne Faktor (relative Kriegsaversion von Demokratien untereinander, Stabilisierung positiver reziproker Verhaltenserwartungen durch das Vorhandensein internationaler Organisationen und schließlich eine die Opportunitätskosten eines Krieges steigernde Interessenverflech-

tung der Akteure) ausgeprägt ist, umso höher ist die Friedenswahrscheinlichkeit in der Beziehung zwischen Demokratien.

Kriegsaversion von Demokratien gegenüber gemischten Staatengruppen

In der Konstellation einer Demokratie mit gemischten Staatengruppen wird das Sicherheitsdilemma nicht (wie das beim Zusammentreffen von ausschließlich Demokratien der Fall ist) vollständig unterminiert, sondern lediglich verringert: Nicht-Demokratien haben eine geringere Transparenz und zudem eine geringere Bereitschaft kooperativer Konfliktlösung mittels internationaler Organisationen, da sie eine entsprechende Souveränitätseinbuße häufig ablehnen. Außerdem ist aufgrund der Intransparenz von Entscheidungstendenzen seitens nicht-demokratischer Staaten und dem Unwissen um verschiedene Variablen wie etwa der tatsächliche wirtschaftliche Nutzen bestimmter Zugeständnisse des demokratischen Staates an eine Nicht-Demokratie eine utilitaristische Kosten-Nutzen-Abwägung oft unmöglich. Insofern vermindert sich die Kriegsaversion von Demokratien in gemischten Staatengruppen in gleicher Weise, wie die Wirkungen internationaler Organisation und Interdependenz geschmälert werden.

Neutralisierung demokratischer Kriegsaversion

Dieses oben beschriebene 'Friedensdreieck Demokratien/Nicht-Demokratien', das zumindest eine geringe relative Kriegsaversion von Demokratien postuliert, sieht Brock sich in ein 'Kriegsdreieck' verwandeln, sobald Demokratien und nicht-demokratische Systeme innerhalb einer defizitären internationalen Organisation und bei ungleichen Entwicklungschancen aufeinander treffen: Eine solche Konstellation neutralisiert die demokratische relative Kriegsaversion - die Demokratien ontologisch immanente Friedlichkeit wird so unterminiert. Erklärt wird dies, so Brock, durch das Zurückbleiben der internationalen Verregelung hinter der globalen Verflechtung, wodurch unilaterales Handeln auch für Demokratien kostengünstiger oder sogar lukrativer erscheinen kann als multilaterale Verhandlungsformen, und ein Mittel unilateralen demokratischen Handelns gerade in gegebenen Machtasymmetrien zuungunsten von Nicht-Demokratien militärische Interventionen zur Durchsetzung eigener Interessen sein kann.

Philipp Koch
E-Mail: phkoch@zedat.fu-berlin.de

Exzerpt Nr. 5/10 zu **Hasenclever, Andreas: The Democratic Peace meets International Institutions. Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens**

Andreas Hasenclever verfolgt in seinem Aufsatz die These, das Phänomen des demokratischen Friedens (d.i. die Abwesenheit kriegerischer Gewalt zwischen Demokratien) ließe sich mittels der friedenswahrenden Funktion interdemokratischer Institutionen erklären. Denn zwar könnten Internationale Institutionen allein keinen Frieden garantieren, da die entscheidenden Variablen hierfür die innere Verfasstheit ihrer Mitglieder und deren Organisation darstellen; seien diese jedoch entsprechend gegeben, könnten Institutionen zwischen Demokratien international deeskalierend wirken und den Ausbruch von Kriegen entscheidend erschweren oder sogar verhindern.

Hasenclever gibt zunächst eine Tour d'Horizon des wissenschaftlichen Diskurses zum demokratischen Frieden: Während die in den 1950er und 1960er Jahren vorherrschende Annahme, Institutionen könnten qua resultierender transnationaler Interdependenz schon per se Frieden generieren, in den Siebziger Jahren verworfen [Kapitel 2] und durch die These ersetzt wurde, proportional zur steigenden Anzahl transnationaler Regime nehme durch die so geschaffene Verregelung ihrer Beziehungen die Tendenz zu Gewalteinsetz in internationalen Konflikten durch die Regimemitglieder ab [Kapitel 3], wurde der Blick ab Ende der 1980er Jahre mangels empirischer Beweisbarkeit dieser These umgelenkt auf das Phänomen des demokratischen Separatfriedens (d.i. dass Demokratien gegen andere Demokratien keine Kriege führen) [Kapitel 4]. Hasenclever diskutiert drei Hauptströmungen innerhalb dieser Theorie des demokratischen (Separat-)Friedens: (1.) Die "Homologie politischer Institutionen", die in der Schwerfälligkeit demokratischer Entscheidungsverfahren und damit einhergehend einem hohen Konsensbedarf für außenpolitische Gewaltanwendung besteht, wird als Garant für eine vernachlässigenswert kleine Wahrscheinlichkeit von Überraschungsangriffen durch Demokratien gewertet. Dagegen spricht jedoch die Eskalationsbereitschaft und Mobilisierungsfähigkeit von Demokratien gegenüber Autokratien. (2.) Die "Homologie politischer Kultur" von Demokratien - d.h. die gemeinsame Wertschätzung friedlicher Konfliktbearbeitung sowie die univer-

selle Hochachtung vor dem menschlichen Leben - führt nach Ansicht der Vertreter dieser Strömung zur interdemokratischen Tendenz einer übereinstimmenden innen- und außenpolitischen Gestaltung. Im Gegensatz dazu wenden Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien (im Rahmen einer In-Group-/Out-Group-Attribuierung) diese Grundsätze nicht an, da sie in diesen Fällen nicht sicher vor einer Ausbeutung ihrer 'Gutmütigkeit' sind - insofern findet gegenüber Nicht-Demokratien eine klassische Realpolitik Anwendung. Als Kritik wird dieser Idee entgegengehalten, dass es an Beispielen für realpolitisches Verhalten von Demokratien anderen (schwachen) Demokratien (wie etwa einigen demokratischen Staaten Afrikas) gegenüber nicht mangle und zudem eine demokratische Sorge vor Ausbeutung durch Autokratien nur im Falle weniger, mächtiger Autokratien plausibel erscheint, wohingegen angesichts der Vielzahl ohnmächtiger Autokratien etwa in der Dritten Welt ein Fragezeichen hinter diese These gesetzt werden müsse. (3.) Eine weitere Gruppe von Autoren vertritt die Auffassung, der demokratische Separatfrieden ließe sich als Abschreckungsfriede erklären. Da demokratisch gewählte Machthaber nach militärischen Niederlagen besonders häufig die Macht verlieren, neigten Demokratien dazu, nur solche Kriege zu führen, deren Erfolgsaussichten besonders günstig seien und andererseits unvermeidliche Kriege mit größter Härte und Entschlossenheit zu führen. Daher gewannen Demokratien Kriege überdurchschnittlich oft, wodurch sie ein gefürchteter Gegner seien. Demokratien würden so gegenseitig vor Kriegen mit anderen Demokratien abgeschreckt und kleinere Demokratien seien größeren Demokratien gegenüber schneller zu Konzessionen bereit, um eine militärische Eskalation unter allen Umständen zu vermeiden. Diese Ansicht lässt sich allerdings empirisch nicht belegen.

Hasenclever schließt an diesen Überblick seine Synthese an, in welcher er die Sichtweise von interdemokratischen Institutionen als intervenierende Variablen postuliert: Demokratien schaffen interdemokratische Institutionen, durch welche sowohl Kriege als auch militärische Auseinandersetzungen unterhalb der Kriegsschwelle vermieden werden. Denn interdemokratische Institutionen sind in besonderer Weise geeignet, die Stabilität von transnationalen Sicherheitsbeziehungen zu erhöhen und die Kooperation zwischen ihren Mitgliedern zu intensivieren; auf diesem Wege vermögen sie solche Konfliktstrategien und Eskalationspfade zu blockieren, die mit empirisch signifikanter Häufigkeit in organisierter Gewalt zwischen Staaten münden. Des Weiteren scheinen interdemokratische Institutionen in der Lage zu sein, durch

eine Erhöhung der Autonomie von Politikfeldern eine etwaige Polarisierung ihrer Mitglieder wirksam zu unterminieren. Auch dies kann als ein kriegshinderlicher Impuls verstanden werden.

Exzerpt Nr. 6/10 zu **Czempiel, Ernst-Otto: Intervention in Zeiten der Interdependenz**

Czempiels Aufsatz behandelt das Phänomen der Intervention, verstanden als Einmischung eines Staates oder einer organisierten Gruppe von Staaten in die inneren Belange eines Drittstaates, ohne dass von diesem ein Angriff ausgegangen ist. Eine Intervention ist in diesem Sinne nicht zwingend militärischer Natur, sondern kann (und sollte) vielmehr auch auf Wegen ziviler Einflussnahme stattfinden. An einen kurzen Exkurs zur historischen Genese der Intervention anschließend definiert der Autor zunächst den Begriff der Einmischung und problematisiert die mit ihr verbundene normative Dimension. Anschließend widmet er sich der Praxis von Interventionsbestrebungen und hebt indirekte von direkt wirkenden Strategien ab. Sein Fazit ist ein Plädoyer für ein Umdenken in den außenpolitischen Konzepten von Staaten, als deren neuen Leitfaden er Interventionismus explizit fordert.

Ernst-Otto Czempiel sieht eine Renaissance militärischer Interventionen zum Zwecke der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates spätestens seit den NATO-Luftangriffen auf Serbien im Jahre 1999 als gegeben. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu der von der westlichen Staatengemeinschaft 1945 beschlossenen Maxime, außer zu Verteidigungszwecken jedwede militärische Gewalt gegen andere Staaten auszuschließen; eine solche militärische Intervention ist ohne ein entsprechendes UN-Mandat völkerrechtswidrig. Andererseits gebietet gemäß Czempiel die heute Situation massiver Interdependenz das Eingreifen in Belange angrenzender Staaten wenn nicht aus ethischen, so doch auf jeden Fall aus pragmatischen Gründen: Jede innere Änderung der demokratischen Verfasstheit eines Staates muss sich angesichts des hohen Verflechtungsgrades politischer, wirtschaftlicher und persönlicher Beziehungen unmittelbar mindestens auf seine Nachbarstaaten auswirken. Es könne sich insofern kein Staat auf seine Souveränität berufen, wenn er seine Bürger unterdrücke oder vertreibe - die Interdependenz habe, so Czempiel, die Isolierung des Staates beseitigt. Ebendiese Interdependenz erzeugt jedoch nicht nur die unbedingte Notwendigkeit von Interventionen, sie enthält auch die Mechanismen, aus

denen sich geeignete Strategien nicht-militärischer Interventionen ableiten lassen - diese teilt er in direkt und indirekt wirkende Strategien ein, die weiter unten dargestellt werden.

Angesichts des hohen Maßes an Interdependenz kann der Anspruch eines Staates, seine gesamte Innenpolitik einer Beeinflussung durch auswärtige Akteure entziehen zu wollen, nicht mehr legitimiert werden und dient im Zweifel der Verschleierung von Zuständen, die in der Staatengemeinschaft nicht geduldet würden (etwa der Genozid an den Kosovo-Albanern durch Milošević). Lediglich die Entscheidung für ein bestimmtes Herrschaftssystem ist eine innere Angelegenheit, über die gemäß seiner Souveränität nur der betreffende Staat selbst zu bestimmen hat. Als eine tatsächliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates ist demzufolge laut Czempiel nur der Versuch eines auswärtigen Akteurs zu sehen, auf das Herrschaftssystem eines Staates einzuwirken. Hier wird auch das normative Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Souveränität und dem außenpolitischen Sicherheitsbedürfnis von Staaten deutlich: Im Zuge der ausgeprägten Interdependenz besteht für Demokratien nur seitens anderer Demokratien eine manifeste Sicherheit (d.i. eine Friedensgarantie). Insofern ist im Sinne Czempiels im Vorantreiben von Demokratisierungsprozessen eine aktive Kriegsprävention zu sehen. Führt das Sicherheitsinteresse eines Staates nun zu einer Intervention in das Herrschaftssystem eines anderen Staates zum Zwecke der Demokratisierung desselben, ist dies zwar eine per definitionem illegitime Einmischung in dessen innere Angelegenheiten. Czempiel argumentiert aber, dass jede demokratisierende Intervention immer zugunsten der betroffenen Bevölkerung und gleichzeitig gegen ihr politisches System, das ihr eine ausreichende herrschaftliche Partizipation verweigere, wirksam sei. Das Interesse einer Gesellschaft an der Demokratisierung einer anderen entspräche dabei stets dem Interesse der zu demokratisierenden Gesellschaft selbst: Ein normativer Widerspruch sei daher nicht gegeben.

In der Praxis sieht Czempiel allerdings als Voraussetzung für die Legitimität demokratisierender Interventionen deren Gewaltfreiheit, andernfalls die normative Richtigkeit einer solchen Unternehmung unterminiert würde: Der Zweck heiligt eben niemals alle Mittel. Vielmehr muss sich ein Staat (oder eine transnationale Organisation von Staaten) friedlicher Mittel bedienen, welche zahlreich zur Verfügung stehen. Czemp-

piel unterteilt sie einerseits in indirekt wirkende und andererseits in direkt-unmittelbar wirkende sowie direkt-mittelbar wirkende Strategien.

Die indirekten Strategien setzen an der Veränderung der politischen Umwelt eines Staates an, da diese immer auch eine Wirkung auf dessen Binnenordnung hat. Eine mangels überzeugenderer Beispiele etwas unglückliche Verdeutlichung ist der Verweis auf den indirekten Einfluss von Aufrüstung auf die Binnenordnung eines mit der 'Fremdrüstung' konfrontierten Staates: Dieser wird nun selbst wiederum aufrüsten (politischer Effekt), und im Zuge des Wettrüstens erhebliche finanzielle Mittel bereitstellen müsse, die an anderer Stelle fehlen (wirtschaftlicher Effekt). Durch die fehlenden Mittel müssten der Staat bestimmte Tätigkeiten einstellen, wodurch sich etwa bei geschmäleren staatlichen Sozialleistungen Unmut in der Bevölkerung breit machen könnte (sozialer Effekt).

Die direkt-unmittelbaren Strategien bestehen in der Erteilung von Auflagen oder dem Angebot von Handeln, die an bestimmte Konditionen geknüpft sind. Ein Beispiel hierfür ist die Bedingung der demokratischen Verfasstheit von Aspiranten für die Mitgliedschaft in der EU. Auch die Bindung von Staaten an völkerrechtliche Verträge und Konventionen sind eine Form direkt-unmittelbarer friedlicher Einmischung in innere Angelegenheiten von Staaten. Mit direkt-mittelbaren Strategien hingegen ist die Erteilung von (z.B. finanziellen) Zugeständnissen oder Sachleistungen und das Einrichten von Städtepartnerschaften oder umfassenden Hilfsprogrammen für Staaten gemeint, ohne dies allerdings an konkrete Bedingungen zu knüpfen. Explizit ausgenommen sind hierbei jedoch Militärhilfen, da sie ein politisches System tendenziell stabilisieren.

Ernst-Otto Czempiel schlussfolgert aus seinen Thesen, dass eine Neuausrichtung demokratischer Außenpolitik im Sinne der Implementierung eines friedlichen Interventionismus zur Erreichung von Demokratisierungsprozessen in Drittstaaten einen notwendigen Schritt zur Friedenssicherung darstellt. Hierbei betont er nochmals die eminente Wichtigkeit des Verzichts auf militärische Interventionen, da sie ungeeignet scheinen, in einer Demokratisierung der betreffenden Gesellschaft zu münden.

Exzerpt Nr. 7/10 zu **Schörnig, Niklas: Die *Revolution in Military Affairs* - Hemmschwelle für eine kooperative Weltordnung**

Niklas Schörnig beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit den Auswirkungen der so genannten 'Revolution in Military Affairs' (RMA) auf die weltpolitische Sicherheitslage. Nach einer Definition der RMA nennt er die entscheidenden Akteure (d. h. Staaten, in denen die RMA stattgefunden hat und solche, die (z. T. noch) keine entsprechenden Technologien besitzen) und skizziert schließlich die aus diesem technologischen Ungleichgewicht resultierenden Probleme. Abschließend gibt er eine Empfehlung, wie Deutschland sich seines Erachtens hinsichtlich RMA-relevanter Themen verhalten solle.

Unter der RMA versteht man seit Mitte der 1990er Jahre die Entwicklung und Verwendung von Hochtechnologiewaffen durch Streitkräfte (technologische Ebene) sowie veränderte Kriegsstrategien (konzeptionelle Ebene) und eine Anpassung der militärischen Führungsstrukturen, um eine optimale Nutzung der neuen Kampfrsourcen zu gewährleisten (organisatorische Ebene). Herausragend hierbei ist die Rolle der technologischen Transformation, durch die mit der Einführung elektronischer Kampfsysteme neue Strategien der Kriegsführung ermöglicht werden. Die vier wesentlichen Begriffe hierbei sind '*Signature Management*' (d. i. die Abschirmung der eigenen Truppen und Kampfmittel vor feindlicher Entdeckung), '*Präzisionsbekämpfung*' (d. i. die Entwicklung und der Einsatz so genannter 'intelligenter' Hochpräzisionswaffen, also beispielsweise von Raketen, die eine Zielgenauigkeit von wenigen Metern erreichen und bei bewegten Objekten selbstständig ihre Flugbahn korrigieren können), '*Aufklärung*' (d. i. die stetige Verbesserung der Feindbeobachtung durch fortlaufend weiterentwickelte Technologien wie z. B. der (mittlerweile auf Zentimeter genauen) Satellitenortung von Objekten oder der Einsatz unbemannter Beobachtungsflugzeuge) und das so genannte '*System of Systems*' (damit ist die Vernetzung aller am Kampf beteiligten eigenen Geräte und Soldaten durch Kommunikationstechnologien gemeint, wodurch eine rapide beschleunigte Reaktionsbereitschaft und Flexibilität der situationsbedingten Strategieänderung ermöglicht wird). Das Ziel der

RMA ist die weitere Vergrößerung eines ohnehin bereits vorhandenen militärtechnologischen Vorsprungs, der letztlich zu einer 'Unbesiegbarkeit' führen soll. Gleichzeitig intendieren die neuen Technologien eine Minimierung der Opferzahlen (z. B. durch Begrenzung so genannter 'Kollateralschäden' und zunehmender Präzisierung der Waffenwirkung, um ungewollte 'Streueffekte' zu vermeiden).

Die Hauptakteure im Zusammenhang der RMA sind einerseits diejenigen Staaten, von welchen die RMA konsequent vorangetrieben wird - hierbei handelt es sich so gut wie ausschließlich um westliche Demokratien, allen voran die USA. Andererseits spielen hierbei gerade auch diejenigen Staaten eine wichtige Rolle, in denen keine RMA stattgefunden hat und die so militärisch chancenlos wären in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit einem 'RMA-Staat'. Da Selbstverständnis der 'RMA-Staaten' sieht ein (möglichst uneinholbar) hohes Maß an militärischer Stärke vor, um in Konfliktfällen schnell, effektiv und präzise reagieren zu können. Diese Konfliktfälle sind aber bekanntlich schon lange nicht mehr Kriege zur eigenen Landesverteidigung, sondern zunehmend internationale Missionen wie beispielsweise so genannte 'humanitäre Interventionen'. Insofern muss potenziell jeder Staat im Vorliegen einer von Dritten (den RMA-Staaten nämlich) definierten wie auch immer gearteten 'nicht hinnehmbaren Situation' (z. B. Menschenrechtsverletzungen) schlimmstenfalls mit militärischen Sanktionen rechnen. Für Staaten, in denen keine RMA stattgefunden hat, die militärisch also klar unterlegen sind, kann dies eine latente Bedrohung darstellen. Dies trifft insbesondere auf aus westlicher Sicht als 'rogue states' (Schurkenstaaten) wahrgenommene Länder zu, da in ihnen ein hohes Konfliktpotenzial mit westlichen Demokratien konzentriert ist. Daraus ergibt sich, so Schörnig, ein "asymmetrischer Rüstungswettlauf im Windschatten der RMA" [222]: In der Tatsache, dass die militärisch per se unterlegenen Staaten einen Krieg mit 'klassischen' Kampfhandlungen nicht gewinnen können, liegt für diese die Notwendigkeit begründet, sich alternativ zur Wehr zu setzen. Die vielversprechendste Möglichkeit hierzu besteht in der Anwendung von Mitteln der so genannten 'asymmetrischen Kriegsführung', die zur Folge haben, dass in der gegnerischen Gesellschaft die öffentliche Zustimmung zum Kriegseinsatz empfindlich erodiert (am Beispiel der USA während des vergangenen Irakkrieges sichtbar) oder sogar unterminiert wird (so etwa in der US-amerikanischen Öffentlichkeit während des Vietnamkrieges). Neben terroristischen Praktiken ist der Einsatz nuklearer, biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen für 'rogue states' ein sehr effizienter Weg, Erfolge in der asymmetrischen Kriegsführung

zu verbuchen. Progre dient zum Voranschreiten der RMA steigt der Anreiz (oder Drang) nicht daran teilhabender Staaten (und auch terroristischer Gruppierungen), sich Massenvernichtungswaffen anzueignen. Insofern befördert die Weiterentwicklung der RMA genau das Gegenteil dessen, was sie gemäß der von ihr profitierenden und sie fördernden Staaten gerade legitimieren soll: (Der Schutz vor einer) Proliferation von Massenvernichtungswaffen und damit einer Destabilisierung der Welt sicherheitslage.

Niklas Schörnig kommt in Anbetracht der beschriebenen Wirkung der RMA zu vier Empfehlungen, Deutschland betreffend:

1. Konzentration auf Friedenserhaltung und -sicherung statt Abdeckung des Gesamtspektrums möglicher militärischer Aufgaben
2. Investition in passive Sicherheit der Soldaten (z. B. minensichere Panzer) statt in aktive Hochtechnologie-Waffensysteme
3. Stärkung der zivilen Elemente von Konfliktprävention und -bearbeitung (und dadurch Verringerung des Bedrohungsgefühls anderer Staaten, d. h. auch ihrer potenziellen Neigung zu asymmetrischen Reaktionen), und
4. Politische Intervention gegen Bestrebungen der USA, so genannte 'mini nukes' zu entwickeln, da diese eine weitgehende Unterminierung des Tabus von Nuklearwaffenanwendung mit sich bringen könnten.

Philipp Koch
E-Mail: phkoch@zedat.fu-berlin.de

Exzerpt Nr. 8/10 zu **Mölling, Christian: Mittel und Methoden der Kriegsführung demokratischer Staaten**

Christian Mölling behandelt in seinem Aufsatz den Zusammenhang von demokratischen Sicherheitskonzeptionen und solchen Militärtechnologien und -strategiekonzepten, die üblicherweise unter dem Begriff 'RMA' zusammengefasst werden. Nach einer Beschreibung, was ein Detail unter einer RMA zu verstehen sei, zeigt er die reziproke Beeinflussung zwischen politisch definierten Sicherheitskonzepten und Militärtechnologie auf. Als Konklusion entwickelt er seine These von der Unterminierung der Effektivität technologiezentrierter sicherheitspolitischer Konzepte durch die Mittel der RMA selbst. Eingewoben in den gesamten Text demonstriert Mölling zudem eindrucksvoll seine ausgeprägte Liebe zu Abkürzungen jedweder Art.

Die RMA versteht Mölling als militärtechnologische und militärstrategische Antwort auf die Wohlfahrts- und Sicherheitsinteressen von Demokratien: Die durch die RMA zur Verfügung stehenden Technologien gelten als hocheffizient, pekuniär optimal (gemessen an ihrer Wirkungskraft und in Vergleich zur konventionellen Kriegsführung) und ermöglichen so präzise Eingriffe in Konflikte, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem kurzen Zeitraum bei relativ geringen Kosten siegreich beendet werden können. Die neuen Strategien im Zuge der RMA sollen zudem eine massive Opferminimierung (nicht nur) bei den eigenen Truppen und vor allem in der unbeteiligten Zivilbevölkerung ermöglichen - die so erreichte Senkung der Opportunitätskosten eines Krieges ist für Demokratien wichtig, da andernfalls die 'Rückendeckung aus den eigenen Reihen' nicht mehr gewährleistet sein kann und die Mission eventuell gar nicht erst stattfinden könnte bzw. vorzeitig abgebrochen werden müsste.

Einerseits wird der für Demokratien eminent wichtigen Bezugsgrößen einer Kosten-, Opfer- und Risikoreduktion auf militärischer Ebene Rechnung getragen. Auf der Ebene des Sicherheitsbedürfnisses beispielsweise wird militärisch durch eine so genannte 'Full Spectrum Dominance' (d. i. die Fähigkeit zur offensiven Kriegsführung mit allen Formen militärischer Operationen) eine omnipotente Interventionsfähigkeit

angestrebt, während zugleich durch eine 'Full Dimensional Protection' (Bündelung von Maßnahmen zum aktiven und passiven Schutz eigener Truppen in der Kampfsituation) das Risiko für die eigenen Soldaten gesenkt wird. Außerdem wird durch Konzepte des 'Precision Engagement' (präzise Aufklärung und Zerstörung von Zielen bei geringstmöglicher Fehlerrate) und des 'Dominant Maneuver' (hohe Flexibilität in der Truppenbeweglichkeit zur Erzielung taktischer und operativer Vorteile im Kampfgeschehen) ein Zuwachs der Kampfstärke bei gleichzeitiger Senkung der Opferzahlen ermöglicht.

Andererseits, so Mölling, präfiguriert die Verfügbarkeit von RMA-Technologien und -strategien ihrerseits wiederum sicherheitspolitische Erwägungen demokratischer Staaten: Sie befördern einen enthemmten demokratischen Drang zu Interventionismus und die Renaissance kriegerischer Gewalt als (dank militärischer Überlegenheit oft hochwirksames) Mittel der Politik. Daraus ergibt sich das klassische Sicherheitsdilemma: (Nicht-westliche) Nicht-RMA-Staaten interpretieren die militärische Potenz westlicher Demokratien als Kriegsbereitschaft und grundsätzliche Bedrohung, weswegen sie sich ihrerseits zu extensiver Rüstungspolitik gedrängt sehen. Das Ziel einer Befriedung mittels humanitärer Interventionsbereitschaft wird so demnach nicht nur verfehlt, sondern sogar ins Gegenteil verkehrt: Aufrüstung statt Befriedung ist ein Effekt der RMA.

Als weiteren Kritikpunkt führt Mölling die Tatsache an, dass RMA-Staaten zwar mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Kriegsverlauf zu ihren Gunsten beeinflussen können; eine Bearbeitung der Konfliktursachen hierdurch jedoch nicht stattfindet. Insofern sei die RMA-Konzepten (auch) zugrunde liegende Idee von sicherheits- und friedensstiftenden Missionen nicht haltbar. Es stellt sich mir dabei allerdings die Frage, ob die Vorstellung einer Bearbeitung von Konfliktursachen mit kriegerischen Mitteln - welcher Art auch immer - nicht per se fehlgeleitet ist.

Philipp Koch
E-Mail: phkoch@zedat.fu-berlin.de

Exzerpt Nr. 9/10 zu **Kahl, Martin: Rüstungsinnovation, Computertechnologie und Kriegsführungsstrategie**

Martin Kahls Aufsatz behandelt sehr ausführlich die Veränderungen in den Rüstungstechnologien und die daraus abgeleiteten neuen Militärstrategien westlich-demokratischer Streitkräfte seit Beginn der 1990er Jahre, von denen zusammenfassend im wissenschaftlichen Diskurs üblicherweise als 'Revolution in Military Affairs' (RMA) gesprochen wird. Kahl legt den Schwerpunkt seiner Betrachtungen hierbei auf den amerikanischen Militärapparat, da zu diesem Thema die regeste Forschungsdiskussion stattgefunden hat.

Er beschreibt die Genese des Kriegsmodus, der durch die neu zur Verfügung stehenden technologischen Mittel ermöglicht wird, als eine Entwicklung weg von "Abnutzungskrieg[en]", die in "gestaffelten Schlachten" [225] verlaufen, und hin zu gezielten Schlägen zur Zerstörung der Infrastruktur des Gegners (d. h. insbesondere dessen militärische Kontrollzentren) und der daraus resultierenden 'militärischen Lähmung' desselben, durch welche ein schneller und idealerweise verhältnismäßig unblutiger Sieg gewährleistet werden soll. Ermöglicht werden solche gezielten Schläge durch immer präzisere Waffensysteme (erhöhte Treffgenauigkeit, Ausweitung der Reichweite von Distanzwaffen, genauere Kalkulation der Zerstörungswirkung), eine stetig verbesserte Aufklärung (drastisch erhöhte Genauigkeit und Schnelligkeit der Ausspähung feindlichen Gerätes und Territoriums, Automatisierung der Aufklärung) und insbesondere der kommunikationstechnologischen Vernetzung aller Waffengattungen und Soldaten untereinander (System of Systems). Gleichzeitig soll der Einsatz dieser neuen Möglichkeiten eine deutliche Senkung der Opferzahlen sowohl eigener Soldaten als auch in der Zivilbevölkerung des Gegners bewirken.

Das zentrale Motiv hinter der RMA ist das militärische Streben von Demokratien nach einer so genannten 'Full Spectrum Dominance', also der Fähigkeit, in allen denkbaren Kampfgattungen und -situationen eine Überlegenheit zu erzielen. Dies soll die jeweiligen RMA-Staaten in die Lage versetzen, schnell und effektiv militärisch

in Konflikte jedweder Art zu intervenieren, wenn sie es für nötig halten. Neben positiven Auswirkungen (Opfervermeidung, potenzielle Denuklearisierung des demokratischen Militärarsenals) verweist Kahl auch auf die schwerwiegenden Kritikpunkte an der RMA: Erstens provoziert eine derartige militärische Überlegenheit beim unterlegenen Gegner Maßnahmen asymmetrischer Kriegsführung, wie unter anderem während (und nach) den Kriegen in Afghanistan und dem Irak erneut deutlich wurde. Und zweitens münden die durch die RMA zur Verfügung stehenden Optionen politisch in einer effektiven Absenkung der Kriegsaversion von Demokratien und rehabilitieren kriegerischen Interventionismus als Mittel der demokratischen Außenpolitik. Die Idee 'aktiver Befriedung' der Welt durch Demokratien wird von den mittelbaren Effekten der RMA so konterkariert.

Exzerpt Nr. 10/10 zu **Finnemore, Martha: Paradoxes in Humanitarian Intervention**

Martha Finnemores Aufsatz behandelt die politischen und normativen Paradoxien und praktischen Schwierigkeiten, welche aus so genannten 'humanitären Interventionen' resultieren. Die Basis ihrer Überlegungen bildet die Annahme, dass Akteure, die humanitäre Interventionen unternehmen, von humanitären Normen geleitet werden. Allerdings ist für sie die Beschränkung auf diese Zuschreibung eines konstituierenden Moments humanitärer Normen als Erklärung für eine normative Legitimation humanitärer Interventionen nicht hinreichend, da weitere normative Entwicklungen berücksichtigt werden müssen, um ein aussagekräftiges Bild der Hintergründe humanitärer Interventionen zu erhalten: "Humanitarianism, by itself, never provides a satisfactory explanation of an intervention. Only by examining the broader normative landscape in which humanitarianism rests can we begin to understand its effects" [S.2].

Ihr Aufsatz beschreibt dieses weitere normative Umfeld detailliert und anhand einiger konkreter Beispiele. Zusammenfassen lassen sich ihre Ausführungen jedoch anhand dreier im Laufe des Textes entwickelter und konkretisierter Thesen, inwiefern sich die Handlungsweise der 'internationalen Gemeinschaft' verändert und zu neuen Interventionsmustern geführt habe und welche normativen Implikationen sich daraus ergäben:

1. Die internationale Bewertung, welche Situationen im Einzelnen als 'humanitäre Krisen' anzusehen sind, auf die es eine 'Antwort' geben muss und welche nicht, hat sich verändert: Die Maßstäbe, die an Regierungen und gerade auch ihre innenpolitischen Taten angelegt werden, sind rigider und anspruchsvoller geworden ("*international standards for states' internal behavior*", S.8). Die demokratische Verfasstheit und eine Übernahme politischer Verantwortung im Sinne einer Rechenschaft ("*accountability*", S.6) gegenüber der internationalen Gemeinschaft werden inzwischen als Minimalvoraussetzungen betrachtet,

so dass innerstaatliche Menschenrechtsverletzungen nicht mehr durch nationale Souveränität 'geschützt' sind.

2. Die international akzeptierten politischen Verfahrensweisen und Normen im Umgang mit humanitären Katastrophen stehen in verschiedenerlei Spannungsverhältnissen oder teilweise sogar in Widerspruch zu denjenigen Werten, die sie eigentlich verteidigen wollen, etwa 'Intervention' versus 'Recht auf Selbstbestimmung'. Dadurch kann es zu Legitimationsproblemen oder Planungshemmnissen in Hinblick auf humanitäre Interventionen kommen.
3. Sowohl die Benennung humanitärer Krisen als auch deren Bewältigung nach Abschluss der militärischen Intervention wird zunehmend von internationalen Organisationen und NGOs durchgeführt, denn beide gelten als unabhängig von nationalen Partikularinteressen und damit als objektiv ("impartial"), was ihnen eine größere Legitimation hierzu verschafft, als Einzelstaaten jemals innehaben könnten - hätten sie doch potenziell immer einen Kolonialisierungsvorwurf zu fürchten. Doch werden gleichzeitig durch die 'Delegation' von Aufgaben des *peace-keeping* und state-building an internationale Organisationen neue Fragen aufgeworfen; denn diese sind nicht nur rein organisatorisch den umfangreichen Anforderungen solcher Missionen nicht gewachsen, da sie zu anderen Zwecken gegründet wurden - zusätzlich ergeben sich auch Probleme angesichts ihrer fehlenden demokratischen Legitimierung: "As we expand the scope of authority to the IOs, it is becoming clear that the 'democracy deficit' is not simply a problem for the European Union. The demonstrations in Seattle are evidence that this is a broad problem of global governance, and its impacts on people at the receiving end of humanitarian interventions require some extended consideration" [S.19 f.].

Literaturangaben der exzerpierten Texte

Brock, Lothar: Umriss einer Theorie des Demokratischen Krieges. Beitrag zur Tagung der Theorie- und IB-Sektionen der DVPW, Frankfurt am Main, 25. - 27. März 2004, URL: http://web.uni-frankfurt.de/fb3/brock/mat/Umriss_Theorie_DemKrieg.pdf (Abruf: 13.03.2006).

Czempiel, Ernst-Otto: Intervention in Zeiten der Interdependenz, HSFK-Report 02/2000, URL: <http://www.hsfk.de/downloads/rep0200.pdf> (Abruf: 13.03.2006).

Daase, Christopher: Demokratischer Frieden - Demokratischer Krieg. Drei Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien, in: Aust, Björn / Schlotter, Peter / Schweitzer, Christine (Hrsg.): Demokratien im Krieg, Baden-Baden 2004, S. 53 - 71.

Finnemore, Martha: Paradoxes of Humanitarian Intervention. Paper Prepared for the Symposium on Norm and Ethics of Humanitarian Intervention at the Center for Global Peace and Conflict Studies, University of California at Irvine, April 14, 2000, URL: http://www.socsci.uci.edu/gpacs/research/working_papers/martha_finnemore_humanitarian_intervention.pdf (Abruf: 13.03.2006).

Hasenclever, Andreas: Liberale Ansätze zum 'demokratischen Frieden', in: Schieder, Siegfried und Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen, Opladen 2003, S. 199 - 225.

Hasenclever, Andreas: The Democratic Peace meets International Institutions. Überlegungen zur Internationalen Organisation des demokratischen Friedens, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 9. Jg., Heft 1/2002, S. 75 - 111.

Kahl, Martin: Rüstungsinnovation, Computertechnologie und Kriegsführungsstrategie, in: Aust, Björn / Schlotter, Peter / Schweitzer, Christine (Hrsg.): Demokratien im Krieg, Baden-Baden 2004, S. 225 - 246.

Mölling, Christian: Mittel und Methoden der Kriegsführung demokratischer Staaten, in: Aust, Björn / Schlotter, Peter / Schweitzer, Christine (Hrsg.): Demokratien im Krieg, Baden-Baden 2004, S. 203 - 224.

Müller, Harald: Demokratien im Krieg - Antinomien des demokratischen Friedens, in: Aust, Björn / Schlotter, Peter / Schweitzer, Christine (Hrsg.): Demokratien im Krieg, Baden-Baden 2004, S. 35 - 52.

Schörnig, Niklas: Die Revolution in Military Affairs - Hemmschwelle für eine kooperative Weltordnung, in: Ratsch, Ulrich u.a. (Hrsg.): Friedensgutachten, Münster 2005, S. 219 - 227.